

Am 24. November



FPÖ

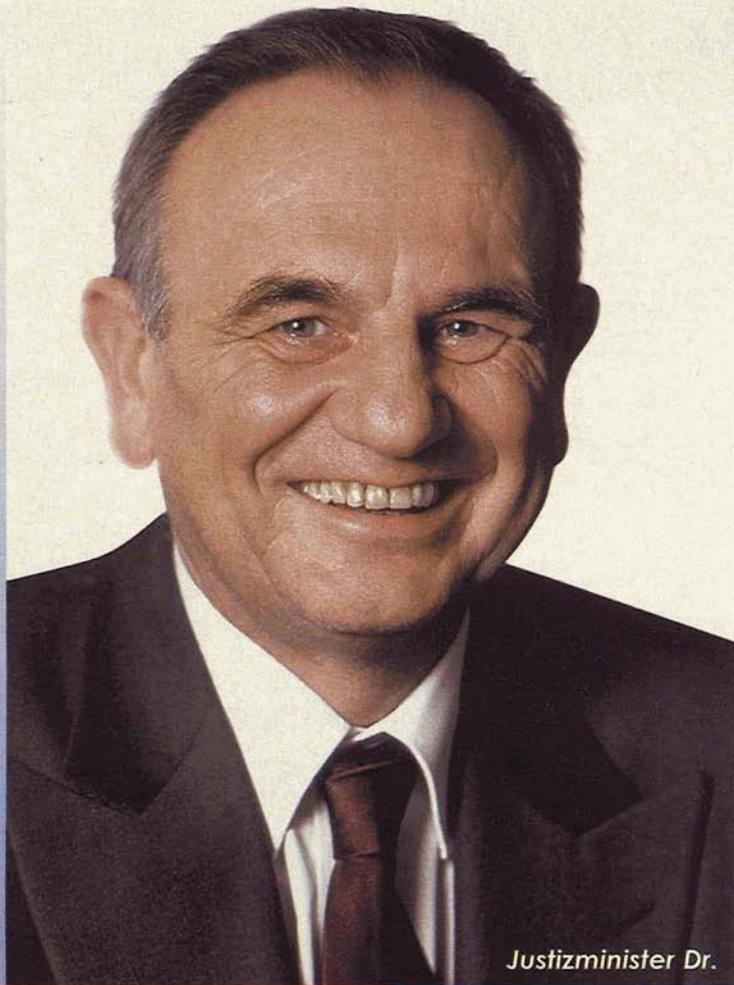
Liste 2

An einen Haushalt. Postentgelt bar bezahlt.



Für
ÖSTERREICH
ohne Wenn
und Aber!





BM Dr.

DIETER BÖHMDORFER

1130 Wien

dieter.boehmdorfer@fpoe.at

Geboren am 11. 05. 1943

Familienstand: verheiratet

Landesspitzenkandidat Niederösterreich

Der
ANWALT
der Bürger

Justizminister Dr.

Dieter Böhmdorfer

JUSTIZ- UND KONSUMENTENSCHUTZPOLITIK

- Verlängerung der Gewährleistungspflicht von sechs Monaten auf zwei Jahre.
 - Erarbeitung eines bundesweit einheitlichen Gesetzes für Heimverträge. Die Rechte der Heimbewohner dürfen nicht mehr gesetzwidrig eingeschränkt werden.
 - Opfer von Gewalttaten erhalten kostenlos eine psychologische und rechtliche Soforthilfe.
 - Gemeinsame Obsorge beider Elternteile von Kindern nach der Scheidung: Jetzt können Mutter und Vater mit der Obsorge ihrer Kinder betraut bleiben.
- ✗ Die Banken haben den Konsumenten, Landwirten und Gewerbetreibenden mehr als 90 Milliarden Schilling an Zinsen zuviel verrechnet. Um die Interessen der Konsumenten durchzusetzen, hat Minister Böhmendorfer den Kampf gegen die Macht der Banken aufgenommen. Er ist energisch durch Musterprozesse und Verbandsklagen, sowie durch Gründung eines Vereins zur Errechnung der Rückforderungsansprüche, gegen deren ungesetzliche Praxis der Zinsberechnung vorgegangen.
- ✗ Kampf den Sexualstraftätern und Drogenbossen. „Ich möchte, dass man in Österreich sicher und angstfrei leben kann.“ Minister Böhmendorfer hat den Drogenbossen den Kampf angesagt und härtere Strafen für sexuellen Missbrauch von Kindern und Vergewaltigung mit Todesfolge eingeführt. Für diese Verbrechen gibt es nun lebenslange Strafdrohungen.



Barbara Rosenkranz

Klubobfrau LAbg.

BARBARA ROSENKRANZ

2111 Rückersdorf
post.fpoel-klub@noel.gv.at

Geboren am 20. 06. 1958
Familienstand: verheiratet

Wahlkreis Weinviertel

Österreich – Vorbild in Europa

- ✘ Wir machen Österreich zum kinderfreundlichsten Land Europas. Was anderswo noch Zukunftsmusik ist, haben wir längst verwirklicht: Das Kindergeld bringt 436 Euro monatlich für jedes Kind bis es drei Jahre alt ist.
- ✘ Familie und Beruf kein Widerspruch. Mit dem Kindergeld die volle Wahlfreiheit geschaffen. Wer bei seinen Kindern zuhause bleibt, kann die Betreuungszeit als Pensionszeit geltend machen. Wer weiterhin seinem Beruf nachgeht, hat mit dem Kindergeld die Möglichkeit, andere Formen der Betreuung zu finanzieren.
- ✘ Menschlichkeit für die Alten und Kranken. Hospitz statt Sterbehilfe. Dafür wurde die Familienhospitzkarenz von Herbert Haupt gefordert und umgesetzt.

Wer eine **Stärkung**
der **Familie** will,
wählt blau.



Der FPÖ ist die Stärkung der Familie wichtig. Das von uns umgesetzte Kindergeld war nur der Anfang. Wir wollen unsere Familien noch stärker unterstützen. Dafür stehen Maßnahmen wie die Verdoppelung des Alleinverdiener-Absetzbetrages oder der Ausbau der Nachmittagsbetreuung im Pflichtschulbereich.
Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Familienpolitik macht Familie und Beruf vereinbar!



Anton Wattaual

Nationalrat

ANTON WATTAUL

3250 Wieselburg

anton.wattaual@wattaual.at

Geboren am 13. 05. 1957

Familienstand: verheiratet

Wahlkreis Mostviertel

Österreich als Erfolgsmodell

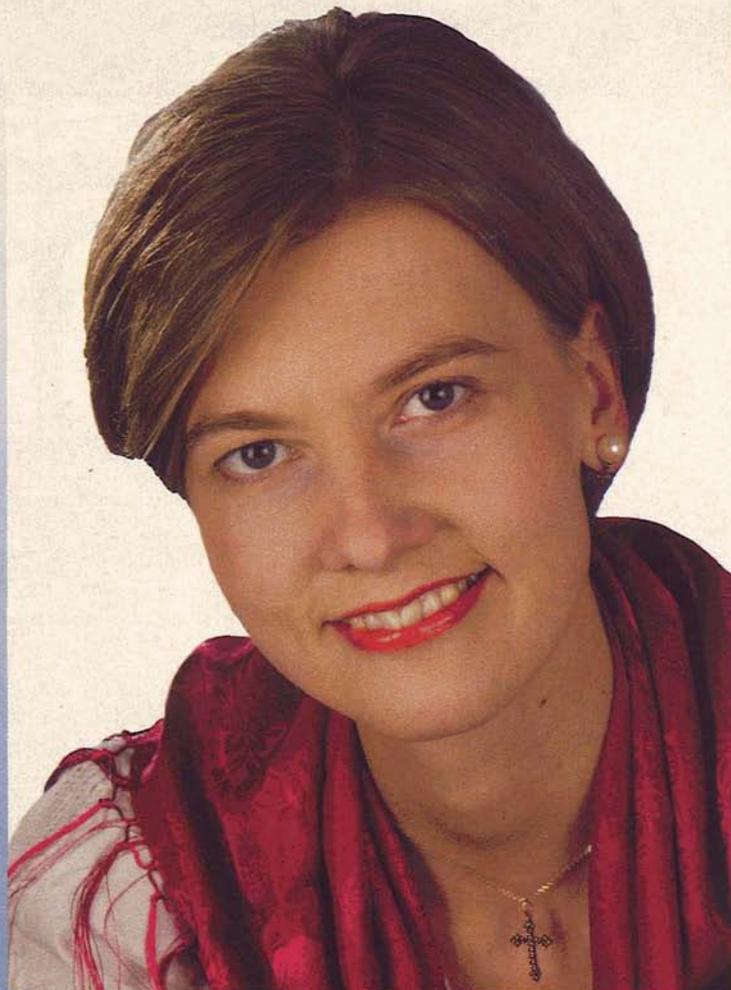
- ✘ Trotz schwierigster Konjunkturlage haben wir es geschafft, in Österreich den höchsten Beschäftigungsstand seit 1945 zu erreichen. Im Juli 2002 hatten 3,3 Millionen Menschen Arbeit. Zum Vergleich: Im Rot-Grün regierten Deutschland waren zur selben Zeit fast 4,5 Millionen Menschen arbeitslos.
- ✘ Wir ruhen uns aber nicht auf dem Erreichten aus. Deshalb unterstützen wir Unternehmen, die Beschäftigung sichern. Deshalb fördern wir Maßnahmen, die helfen, Arbeitslosigkeit bereits an der Wurzel zu bekämpfen. Denn jeder Arbeitslose ist einer zuviel.
- ✘ Unsere besondere Unterstützung gehört jenen, die bisher trotz voller Leistung nur wenig Geld verdienen. Deshalb verlangen wir einen Mindestlohn von 1000 Euro. (Inzwischen wurde diese Idee von den Roten übernommen.)

***Wer Klein- und Mittelbetriebe stärken will,
wählt blau.***



Die FPÖ setzt Maßnahmen zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe. Wir stehen für eine Vereinfachung des Steuersystems und eine Senkung der Steuern und Abgaben und insbesondere der Lohnnebenkosten. So soll die 13. Umsatzsteuervorauszahlung schon im Jahr 2003 abgeschafft werden. Ebenso soll die Besteuerung nicht entnommener Gewinne stark reduziert und Behördenverfahren sollen durch weiteren Bürokratieabbau vereinfacht werden.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Wirtschaftspolitik macht Österreichs Betrieben Muskeln!



Mag. (FH)

CHRISTINE WITTY

Baden bei Wien
c.witty@aon.at

Geboren am 19. 09. 1974
Familienstand: ledig

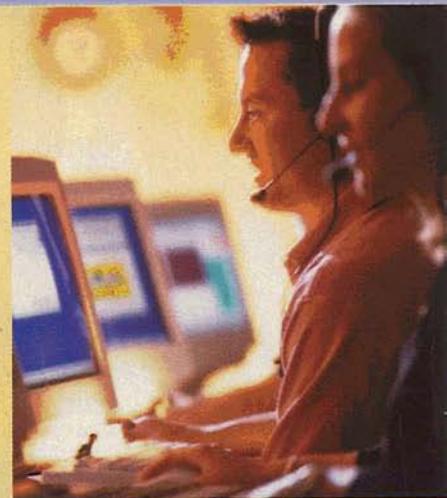
Wahlkreis Baden und Bruck/L.

Der Staat als Dienstleister

- ✘ Wir haben der überbordenden Bürokratie den Kampf angesagt Denn Verwaltungs- und Amtswege dürfen keine Spießrutenläufe für den Bürger sein. Eine Anlaufstelle genügt.
- ✘ Wir haben den öffentlichen Dienst entstaubt. Was Jahrzehnte verschlafen wurde, haben die Freiheitlichen endlich angepackt: Einführung eines modernen Dienstrechts, leistungsorientierte Bezahlung und vor allem die Aufhebung der Pragmatisierung bei Beamten. Wir machen den öffentlichen Dienst fit für die Herausforderungen im dritten Jahrtausend.
- ✘ Gelebte Demokratie ist unsere Vorstellung. Daher treten wir auch für eine Aufwertung der direkt demokratischen Mittel, wie Volksbegehren oder Volksbefragung, ein. Denn die Menschen sollen das Land, in dem sie leben, auch mitgestalten.

Mag. (FH) Christine Witty

Wer **neue
Arbeitsplätze** will,
wählt blau.



Der FPÖ ist die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze wichtig. Wir Freiheitliche stehen für die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Wir treten für effiziente Bekämpfung der organisierten Schwarzarbeit, insbesondere durch Billig-Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern ein. Wir wollen eine schnelle Vermittlung von Arbeitslosen ebenso wie die schrittweise Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Arbeitsmarktpolitik macht die Arbeitslosenversicherung nicht zur sozialen Hängematte!



Abg.z.NR BZO

ROBERT WENITSCH

2253 Stripfing
robert.wenitsch@fpoe.at

Geboren am 09. 04. 1958
Familienstand: verheiratet

Wahlkreis Weinviertel

Gesundes Land von Bauernhand

- ✘ Wir haben uns erfolgreich für den Erhalt gesunder Böden und Wälder sowie reiner Gewässer eingesetzt. Dies stellt die Grundlage für die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel in der Landwirtschaft dar. Die heimische Landwirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zu einer gesicherten und gesunden Ernährung der Bevölkerung. Auch die kommenden Generationen sollen in einem gesunden Land von gesunder Nahrung leben können.
- ✘ Unser vorrangiges Ziel ist der Bestand der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich. Um den Arbeitsplatz Bauernhof zu attraktivieren, setzen wir uns besonders für eine ständige Verbesserung der Einkommenssituation unserer Landwirte ein.
- ✘ Österreich zahlt mehr an die EU als es bekommt. Daher fordern wir eine Erhöhung der Förderquote für österreichische Land- und Forstwirte. Die Freiheitliche Politik sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern und den Erhalt einer ökologischen Landwirtschaft auf lange Sicht. Nur unabhängige Bauern sind der Garant für den Erhalt unserer Kulturlandschaft.

Robert Wenitsch

Wer
EU-kritisch ist,
wählt blau.



Die FPÖ steht für Österreich ohne Wenn und Aber. Genau deshalb sind wir kritisch zur EU-Erweiterung! Wir lehnen höhere österreichische EU-Beitragszahlungen strikt ab. Was Tschechien betrifft müssen zwei Voraussetzungen erfüllt zu werden.

1. Schließung des AKW-Temelins
2. Anullierung der Benes-Unrecht-Dekrete

Außerdem sehen wir erfüllte Kriterien und angepasste Sozial- und Umweltstandards durch die Beitrittskandidaten als Grundvoraussetzung. Wir wollen ein Grenzregionenprogramm und eine EU-Agrarpolitik-Lösung, die nicht zu Lasten unserer Bauern gehen.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-EU-Politik heizt Brüsseler Bürokraten ein!



Bundesrat Mag.

THOMAS RAM

2401 Fischamend
thomas.ram@vienna.at

Geboren am 21. 01. 1972
Familienstand: ledig

Wahlkreis Mödling und Wien Umgebung

Keine Experimente für Österreich

⊗ Ein Leitspruch der FPÖ war stets: „Wir schützen die Opfer vor den Tätern!“ Und daran wird sich auch nichts ändern. Jeder einzelne in unserem Land muss egal wann und wo die Gewissheit haben, sich ungefährdet fühlen zu können. Nicht umsonst gilt Österreich mittlerweile als sicherstes Land Europas.

⊗ In Anlehnung an den Namen unserer Partei stellen wir die maximale Freiheit des einzelnen an die Seite der größtmöglichen persönlichen Sicherheit. Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit haben aber auch gezeigt, dass ein Anstieg des Bedrohungs-Potentials unweigerlich erhöhter Sicherheitsmaßnahmen bedarf. Wir bekennen uns daher voll und ganz zu Schritten, wie der Erfassung von Fingerprints und biometrischen Daten, um das europaweite Sicherheitsprogramm EURODAC zu unterstützen.

⊗ Im Unterschied zu Rot und Grün stehen wir aber für Experimente, wie Drogenfreigabe und unbegrenzten Zugang, sicher nicht zur Verfügung.

Mag. Thomas Ram

Wer
Sicherheit will,
wählt blau.



Wir Freiheitliche sind für eine starke Exekutive. Wir bekämpfen die Kriminalität und bekennen uns zu einer umfassenden und effizienten Landesverteidigung. Wir wollen mehr Exekutiv-Beamte auf der Straße statt in der Verwaltung. Wir stehen für die Überwachung terroristischer Organisationen schon im Vorfeld. Vor allem aber garantieren wir schonungsloses Auftreten gegen Drogenkriminalität und weitere Verschärfungen im Kampf gegen Suchtgifthändler, die Mörder auf Raten. Auch eine Freigabe so genannter weicher Drogen kommt für uns nicht in Frage.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Sicherheitspolitik macht Österreich auch wirklich sicher!



MANUELA BRUNNER

2601 Sdlg. M. Theresia Eggendorf
ma.bru@aon.at

Geboren am 01. 10. 1960
Familienstand: verheiratet

Wahlkreis Neunkirchen und Wr. Neustadt

Zuerst sanieren – dann entlasten

- ✘ Wir haben Schluss gemacht mit der rot-schwarzen Verschwendungspolitik zu Lasten der kommenden Generationen. Unsere Devise lautet: Wir müssen uns nach der Decke strecken. Nur wer nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, macht verantwortungsvolle Politik. Mit dem Null-Defizit haben wir dieses Ziel schon 2001 erreicht.
- ✘ Wir haben immer gesagt: Zuerst sanieren - dann entlasten. Deshalb fordern wir den ersten Schritt einer Steuerreform schon 2003. Die Masse der kleinen und mittleren Einkommensbezieher sowie die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen haben das Null-Defizit erst ermöglicht. Sie haben jetzt einen Anspruch auf Entlastung.
- ✘ Wir sind davon überzeugt: Nur wer Arbeitnehmer und Wirtschaft entlastet, sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze.

Manuela Brunner

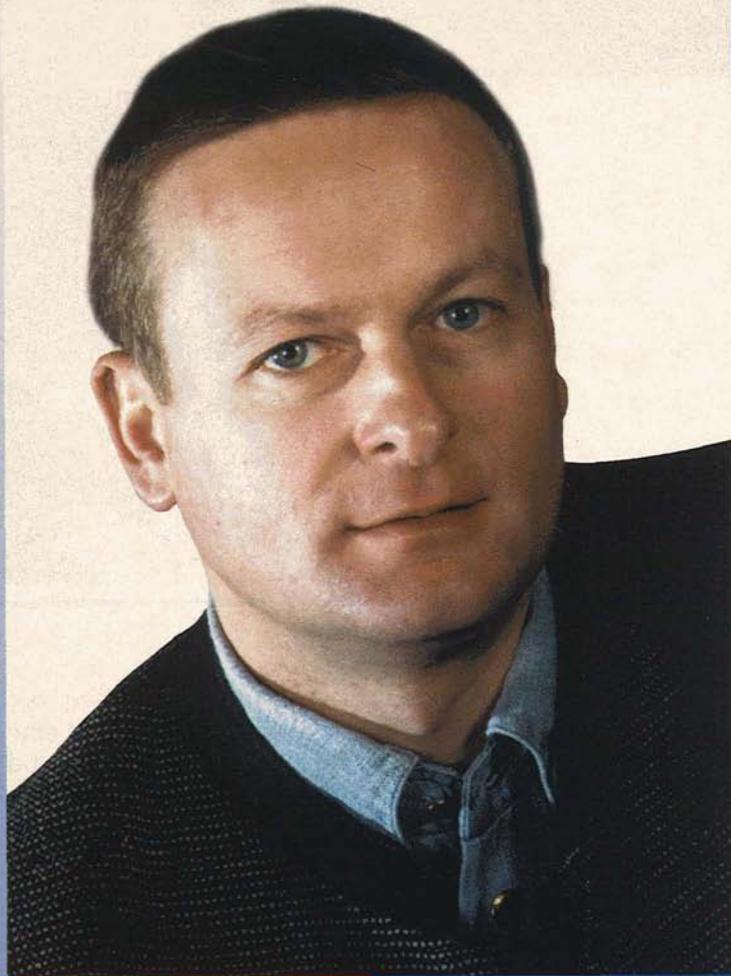
*Wer Bürokratieabbau
und Steuersenkung will,*

wählt blau.



Die FPÖ steht für den Abbau von Bürokratie und einen schlanken Staat. Der erfolgreiche Weg der Verwaltungsreform muss fortgesetzt werden. Gleichzeitig wollen wir das Steuersystem vereinfachen und eine umfassende Entlastung aller Einkommensschichten erreichen. Wir streben eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf unter 40 % bis 2010 an und werden schon 2003 die kleinen und mittleren Einkommensbezieher entlasten. Bei einem Jahreseinkommen von 14.500,- Euro wird die Ersparnis 500,- Euro betragen.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Reformpolitik garantiert eine Steuerentlastung für alle Österreicher.



LAbg.

GOTTFRIED WALDHÄUSL

3834 Pfaffenschlag

gottfried.waldhaeusl@noel.gv.at

Geboren am 03. 10. 1965

Familienstand: verheiratet

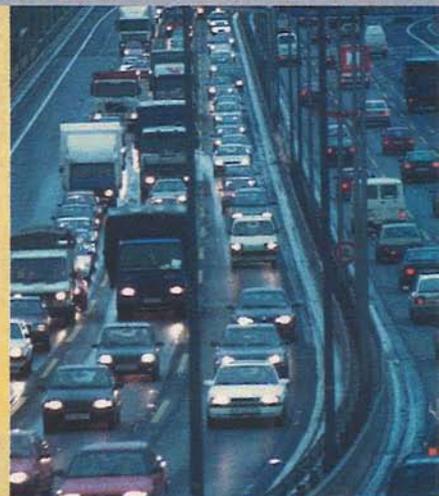
Wahlkreis Waldviertel

Die Zukunft hat bereits begonnen

- ✘ Wir haben Österreich von einer infrastrukturellen Randlage ausgehend zur Verkehrsdrehscheibe Europas gemacht. Nach Dutzenden Jahren der Rot-Schwarzen Versäumnisse, haben wir einen Generalverkehrsplan erstellt, der erstmals den Ausbau von Schienen- und Straßennetz allumfassend vorgibt und finanziell sichert. Diese enormen Investitionsvorhaben stellen eine wesentliche Konjunkturbelebungsmaßnahme und damit eine Sicherung von Arbeitsplätzen dar.
- ✘ Doch auch die Bewältigung des Transitverkehrs bringt große Herausforderungen mit sich. Die Freiheitlichen sind der Garant für eine Verkehrspolitik von morgen.
- ✘ Wir messen Forschung, Entwicklung und Technologie eine äußerst große Bedeutung bei. Die von uns durchgeführten Investitionen sichern die hohe Kompetenz unseres Landes und vor allem die Attraktivität des Standorts Österreich für internationale Unternehmen.

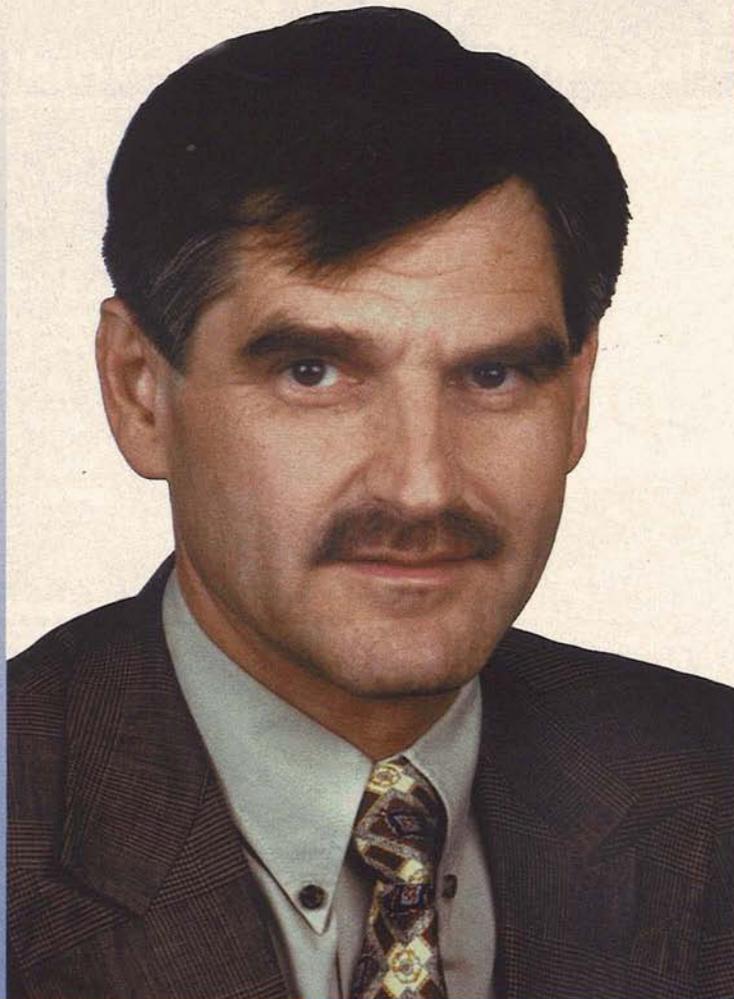
Gottfried Waldhäusl

*Wer sinnvolle
Verkehrskonzepte will,
wählt blau.*



Die FPÖ steht für die Lösung der Transitfrage und maximale Verkehrssicherheit. „Freie Fahrt durch unser Land“, wie von SPÖ und ÖVP beim EU-Beitritt ausverhandelt, wird es mit uns nicht geben. Wir streben eine Reduktion des LKW-Transits an, um Bevölkerung und Umwelt zu schonen. Wir setzen Maßnahmen für einen sinnvollen Ausbau von Straße und Schiene. Denn die Lebensqualität der Österreicher ist uns wichtiger als Brüsseler Interessen.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Verkehrspolitik gewährleistet, dass Österreichs Autofahrer nicht mit Benzinpreiserhöhungen zur Kasse gebeten werden!



NR GR Ing.

WILHELM WEINMEIER

3204 Kirchberg a. d. Pielach
tb.weinmeier@aon.at

Geboren am 01. 07. 1955
Familienstand: verheiratet

Wahlkreis Niederösterreich Mitte

Lebensqualität durch sozialen Frieden

- ⊗ Der soziale Frieden als Ausgleich aller Interessensgruppen war stets Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Wir haben 30 Jahre sozialistischen Stillstand überwunden und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten realisiert. Auch die Einführung der Abfertigung für alle stellt einen Meilenstein freiheitlicher Sozialpolitik dar.
- ⊗ Ein besonderes Anliegen sind uns natürlich die Pensionisten und Senioren. Deshalb haben wir auch die Alterssicherung in der Bundesverfassung verankert.
- ⊗ Durch entsprechende Weichenstellungen im Gesundheitsbereich werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass für die Menschen in unserem Land eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung gesichert ist.

Ing. Wilhelm Weinmeier

Wer *sichere*
Pensionen will,
wählt blau.



Die FPÖ will ein einheitliches Pensionsrecht für alle. Schwerpunkte unseres Programmes: Pensionserhöhungen, um die Kaufkraft zu erhalten; verfassungsrechtliche Wertsicherung der Mindest-Pensionsansprüche; höhere Bewertung von Schwerarbeit und Kindererziehungszeiten; eigenständige Alterssicherung für Frauen. Wir wollen betriebliche und Eigenvorsorge fördern, späteren Pensionsantritt attraktiver machen und Frühpensions-Missbrauch bei staatsnahen Unternehmen weiter bekämpfen.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Pensionspolitik macht unser Rentensystem nicht pensionsreif!

Bei den Kindern

Die Grünen wollen eine Einheitsschule statt dem bewährten Leistungsprinzip. Keine Noten mehr. Der Grüne Öllinger meint, dass „Sitzen bleiben keinen Sinn“ hat.

Für die Jugend

Haschisch in der Trafik. Die Argumentation der Grünen im Zusammenhang mit Haschisch ist an Zynismus nicht zu überbieten. Durch die Freigabe von Cannabis (so der Grüne Abgeordnete Brosz am 08.08.2002) werde der Staat beträchtlich höhere Steuereinnahmen haben. Unsere Jugend ist ihnen vollkommen egal.

Für die Wirtschaft

Ökosteuer heißt Erhöhung der Preis von Benzin, Strom und Gas. Das trifft die Masse der kleinen Leute. Wer das Auto z.B. für die Fahrt zur Arbeit braucht oder mit Strom und Gas heizt, wird zur Kasse gebeten. 1996 hat Van der Bellen etwa gefordert, dass die Energiepreise Jahr für Jahr um 5 Prozent steigen sollen. Im Sommer-Interview 2002 mit der Presse hat er eine Kilometerabgabe in der Höhe von 6 Cent pro gefahrenen Kilometer gefordert.

Für die Lehrlinge

„Weg mit der Lehrlingsausbildung“ heißt es im rot-grünen Bildungsvolksbegehren von 1999. Statt der dualen Ausbildung in Betrieben und Berufsschule fordern sie die Vollzeitberufsschule. Einziges Ziel: Sie wollen die jungen Leute wieder ideologisch nach gewohnt linker Manier an die Kandare nehmen.

Bei den Steuern

Erhöhung der Steuern bei Benzin, Strom und Gas (Ökosteuer). Doch damit nicht genug. Außerdem wollen sie eine Anhebung von Erbschafts-, Grund- und Vermögenssteuer.

Für die Kranken

Van der Bellen will die Sterbehilfe in Österreich zulassen.

**Wer strenge
Einwanderungs-
bestimmungen will,
wählt blau.**



Die FPÖ steht für „Integration vor Zuwanderung“. Das ist – gerade im Hinblick auf die EU-Erweiterung – der richtige Weg. Die FPÖ setzt sich konsequent gegen Asylmissbrauch ein, damit wirklich Verfolgte Schutz bekommen. Die von uns vorangetriebene Integrationsvereinbarung war der erste Schritt. Folgen sollen: Verkürzte Asylverfahren, Meldepflicht für Asylwerber, rasche Verfahren und Abschiebung von straffälligen Asylwerbern, sowie von Asylwerbern mit negativen Bescheiden .

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Asylpolitik macht Österreich nicht zum Einwanderungsland!

SEI SCHLAU – WÄHL`BLAU!

ALLES SPRICHT FÜR DIE FPÖ

Wir sind der Reformmotor

In Österreich geht erst was weiter, seit wir 1999 in die Regierung eingetreten sind. Kindergeld, Schuldenabbau, Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, Abfertigung neu, Familienhospizkarenz zur Pflege schwerkranker Familienangehöriger, Verwaltungsreform oder strengere Gesetze, etwa gegen Kinderschänder, sind allesamt freiheitliche Reformprojekte. Auch wenn die ÖVP heute so tut, als hätte sie das alles erfunden: In Wahrheit stand sie auf der Bremse. Es ist der Hartnäckigkeit Jörg Haider's in den Verhandlungen des Koalitionsausschusses zu verdanken, dass das Kindergeld österreichweit Wirklichkeit geworden ist.

Wir sind die Österreich-Partei

Für uns kommt Österreich zuerst. Bei der Einwanderung- und Asylfrage, wo wir eine harte und konsequente Linie verfolgen, genauso wie bei der EU-Erweiterung. Wir garantieren, dass Österreich zur Finanzierung der Beitrittskandidaten nicht mehr EU-Mitgliedsbeitrag zahlen muss, als bisher. Ohne einen klaren Plan für das Aus des Schrottreaktors Temelin und ohne eine Aufhebung der menschenrechtswidrigen Benes-Dekrete kommt für uns ein EU-Beitritt Tschechiens nicht in Frage. Das Gleiche gilt für Slowenien in Bezug auf die Avnoj-Bestimmungen.

Das unterscheidet uns ganz klar von allen anderen.

Wir entlasten die kleinen und mittleren Einkommen und Unternehmen

Wir haben immer gesagt: Zuerst sanieren und dann entlasten. Die Österreicher haben mit ihrem Fleiß die Budgetsanierung möglich gemacht. Jetzt haben sie Anspruch auf steuerliche Entlastung. Deshalb werden wir schon 2003 das steuerfreie Einkommen auf 14.500 Euro pro Jahr anheben. Insgesamt wird das Steuersystem viel einfacher werden.

Wir bringen 1000 Euro Mindestlohn

Noch immer gibt es in Österreich viel zu viele Menschen, die trotz harter Arbeit viel zu wenig verdienen. Besonders betroffen davon sind nach wie vor die Frauen. Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit und des Anstands, diesen Menschen einen Mindestlohn von 1000 Euro zuzusichern.

Wer **1.000 Euro** **Mindestlohn** will, **wählt blau.**

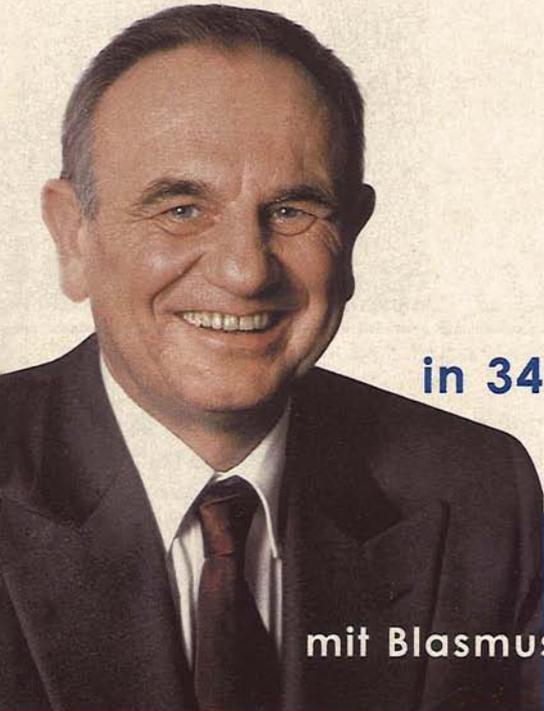


Die FPÖ steht für 1.000,- Euro Mindestlohn. In Österreich gibt es rund 250.000 Beschäftigte, die weniger als 1000,- Euro im Monat verdienen. Das trifft in erster Linie Frauen, die im Handel und in der Gastronomie tätig sind. Mit dieser Forderung zeigen wir Freiheitliche, dass für uns soziales Engagement kein bloßes Schlagwort ist. Wir setzen dort an, wo der Schuh drückt. Daher fordern wir einen Generalkollektivvertrag, um diese Niedriglohnpraxis zu beenden.

Nur eine Fortsetzung der FPÖ-Wirtschafts- und Sozialpolitik bringt spürbar mehr in der Brieftasche!

Die Koalition mit dem Bürger

Dr. Jörg Haider und Dr. Dieter Böhmdorfer



am **17.11.**

um 10.00 Uhr

Wagram Halle
in 3470 Kirchberg am Wagram



Frühschoppen
mit Blasmusikkapelle Kollersdorf - Sachsendorf

Weil wir für Österreich sind